

Politische Positionen zum Thema „Frühkindliche Bildung“

Der Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung hat beschlossen, das Thema „Frühkindliche Bildung“ in die Bildungsinitiative „*pro kopf*“ ab 2007 als dritten Schwerpunkt aufzunehmen. Die bildungspolitische Debatte der letzten Zeit in Deutschland und die Auswertung internationaler Erfahrungen haben gezeigt, dass die frühkindliche Bildung ein entscheidender Bestandteil eines zukunftsfähigen Bildungssystems ist, dass allen jungen Menschen ermöglicht, ihre Begabungen optimal zu entwickeln. Die Erkenntnisse der neurobiologischen Forschung belegen zusätzlich die Bedeutung der ersten Lebensjahre und zeigen, wie viel durch eine gute Förderung von Kleinkindern erreicht werden kann. Durch die frühkindliche Bildung werden wesentliche Grundlagen für den späteren Bildungserfolg gelegt. Gleichzeitig ist sie eine wesentliche Voraussetzung für Chancengerechtigkeit am Start des Bildungsweges. Was in dieser Phase versäumt wird, kann später nur schwer wieder aufgeholt werden.

Frühkindliche Bildung findet heute in einem anderen Umfeld statt. Die Familienstrukturen haben sich verändert, der Anteil der allein erziehenden Mütter und Väter ist gestiegen. Kinder haben heute schon in frühem Alter Zugang zu modernen Medien wie z. B. dem Internet. Ferner werden Kinder zunehmend mit unterschiedlichen Kultur- und Wertvorstellungen sowie einer steigenden ethischen Vielfalt im unmittelbaren Lebensumfeld konfrontiert.

Bereits heute sind gerade in der frühkindlichen Bildung besonders viele Elterninitiativen und freie Träger aktiv. Ihre Erfahrungen sind wichtig für die Formulierung liberaler Positionen. In der durch die Verlängerung der Initiative zusätzlich gewonnenen Zeit sollen verschiedene grundlegende Aspekte des Themas in Publikationen und verschiedenen Veranstaltungsformen bearbeitet werden. Die frühkindliche Bildung steht bereits stark im Fokus der Öffentlichkeit, konkrete und umsetzbare Konzepte sind aber bis jetzt Mangelware.

Die Situation der frühkindlichen Bildung ist durch viele Missstände gekennzeichnet. Besonders in den alten Bundesländern existiert ein Mangel an Betreuungsplätzen, besonders für Kinder bis drei Jahren, der die Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft zusätzlich erschwert. Gemessen an der gebotenen Qualität des Bildungsauftrags ist das erzieherische Personal unzureichend qualifiziert. Die Öffnungszeiten sind oftmals zu starr und mit flexibleren Arbeitszeiten nicht vereinbar. Die Angebote für Not- und Sonderbetreuung reichen nicht aus. Die Tagespflege erfolgt in Deutschland nur wenig strukturiert. Liegt die Betreuungsqualität noch auf internationalem Niveau, so befindet sich die Bildungsqualität deutscher Kindertagesstätten und Kindergärten deutlich unter dem internationalen

6. Dezember 2006

verantwortlich:

Kirstin Balke
Pressesprecherin

Friedrich-Naumann-Stiftung

Truman-Haus
Karl-Marx-Str. 2
14482 Potsdam-BabelsbergPostfach 900 164
14437 PotsdamTelefon 03 31/70 19-277
Telefax 03 31/70 19-286E-Mail kirstin.balke@fnst.org
Internet www.fnst.org

Niveau. Auch werden nicht genügend Ressourcen in die frühkindliche Bildung investiert. Gemäß den Vorstellungen der OECD soll ein Prozent des BIP in den Bereich der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder bis zum Schuleintritt investiert werden. Deutschland investierte 2003 inklusive der privaten Ausgaben aber nur 0,5 Prozent des BIP in die vorschulische Erziehung. Zudem werden die Konzepte zwischen Kindertagesstätten bzw. Kindergärten nur unzureichend koordiniert.

I. Thesen

1. Die frühkindliche Bildung muss einen hohen Stellenwert erhalten.

Die ersten fünf Jahre im Leben eines Kindes sind elementare Bildungszeit, in denen die Grundlagen für spätere Bildungserfolge und -karrieren gelegt werden. Die Chancen, die sich hier bieten, sollten nicht ungenutzt bleiben. Wenn die Grundbedürfnisse nach Liebe und Nahrung gedeckt sind, gibt es für Kinder nichts Interessanteres, als Neues zu lernen.

2. Frühe Investitionen verhindern spätere Folgekosten.

Die Qualität von Kindertagesstätten und Kindergärten hat umfassende Langzeitauswirkungen auf die spätere Schulleistung und Entwicklung in der Grundschule. Eine hohe Qualität der frühkindlichen Bildung führt zu höheren und früheren Bildungsabschlüssen, seltenerem Schulversagen, geringerem sonderpädagogischen Förderungsbedarf und geringerer Kriminalität, geringerer Abhängigkeit von sozialer Wohlfahrt sowie höherem Einkommen. Jeder Euro, der in die frühkindliche Bildung investiert wird, verhindert kostspielige Korrekturen in späteren Lebens- und Bildungsphasen.

3. Die Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf muss deutlich verbessert werden.

Das Angebot an Betreuungsplätzen, insbesondere für Kinder bis zu 3 Jahren, sollte erhöht und flexibler gestaltet werden. Mehr Ganz- und Halbtagsangebote mit Mittagsverpflegung sollen eingerichtet werden, damit auch für den erziehenden Elternteil eine Halbtagsbeschäftigung möglich wird. Die Tagespflege soll bundesweit als qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungsangebot gleichrangig mit der Betreuung in Kindergärten und Kindertagesstätten in die staatliche Förderung integriert werden.

4. Bildungs- statt Betreuungsqualität.

Einrichtungen der frühkindlichen Bildung sollen in erster Linie einen Bildungsauftrag erfüllen. Frühkindliche Bildungsprozesse sollen in Einrichtungen der Kinderbetreuung aktiv gefördert und angeregt werden. Im Mittelpunkt wird dabei die Vermittlung sprachlicher

Fähigkeiten stehen. Dieses Thema ist nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund von entscheidender Bedeutung. Auch die Vermittlung von Zahlenverständnis, sozialer Kompetenz und Kreativität muss ein wesentlicher Bestandteil der Bildungsbemühungen sein.

5. Die Qualität der frühkindlichen Bildung wird durch Wettbewerb gesteigert.

Vielfalt und Wettbewerb sind Grundvoraussetzungen für den Erfolg von Bildungseinrichtungen. Verschiedene Modelle von Bildungseinrichtungen mit einem Vorrang freier Träger und innovativen Lehr- und Betreuungskonzepten sind nötig. Gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung gibt es zahllose Initiativen und ein breites Spektrum an Methoden. Eine Mitwirkung von Eltern ist ausdrücklich erwünscht. Privates Engagement gilt es zu ermutigen.

6. Die Qualität kann durch Akkreditierung und Zertifizierung gesichert werden.

Bis heute ist die Arbeit in vielen vorschulischen Bildungseinrichtungen noch wenig zielgerichtet. Ein wesentliches Ziel liberaler Bildungspolitik ist die qualitativ hochwertige Umsetzung von Bildungs- und Erziehungszielen in Kindergärten, Kindertagesstätten und sonstigen vorschulischen Einrichtungen. Über vom Staat unabhängige Akkreditierungsorganisationen und Gütesiegel können Qualitätsmaßstäbe sowohl transparent als auch vergleichbar gestaltet werden.

7. Wettbewerbliche Finanzierung sorgt für pädagogischen Erfolg.

Es sollen Modelle der Finanzierung vorgeschlagen werden, die allen Kindern den Zugang zur vorschulischen Bildung ermöglichen und gleichzeitig zu einer möglichst großen Vielfalt von Bildungsanbietern beitragen. Vor allem der PISA-Sieger Finnland hat zunächst Gutscheine eingesetzt und steuert die Nachfrage nach Kindertagesbetreuung inzwischen über direkte Geldmittel. Die bis heute in Deutschland dominierende Angebotssteuerung (Objektförderung) ist überholt und durch eine nachfrageorientierte Finanzierung (Subjektförderung) zu ersetzen. Sollten die bisher aufgewendeten einkommensabhängigen Elternbeiträge abgeschafft werden, so ist zumindest ein Gutscheinsystem bzw. ein System von Pro-Kopf-Zuweisungen in allen Einrichtungen der frühkindlichen Bildung einzuführen.

8. Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel für eine optimale Integration von Migranten.

Andere Länder, wie z. B. Kanada, zeigen wie eine gezielte Sprachförderung im frühkindlichen Bereich die Integration von Einwanderer-Kindern positiv beeinflusst. Kinder mit

Migrationshintergrund müssen gute Deutschkenntnisse unter Bewahrung und Förderung der muttersprachlichen Identität erwerben. Das Kursangebot soll die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Teilnehmer widerspiegeln. Eine Kurs begleitende Kinderbetreuung würde den Erfolg der Sprachkurse erhöhen. Auch sollte eine erfolgreiche Kursteilnahme honoriert, wie auch eine Teilnahmeverweigerung sanktioniert werden.

9. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss reformiert werden.

Insgesamt soll das Niveau der Erzieherausbildung angehoben werden. Neben der bisherigen sozialpädagogischen Ausrichtung sollen Kenntnisse über frühkindliche Bildungsprozesse und kindgerechte Bewegungsangebote vermittelt werden. Die Diagnosefähigkeit der Erziehenden zur Feststellung von besonderen Begabungen und zum Erkennen von Schwächen soll erhöht werden. Das Leitungspersonal der Einrichtungen sollte über einen Abschluss auf Fachhochschulniveau verfügen.

10. Toleranz zeigt sich im Handeln: Frühkindliche Bildung muss Vorurteilen entgegenwirken.

Toleranz entsteht nicht automatisch, wenn Gruppen in Kindergärten oder Kindertagesstätten heterogen besetzt sind. Vielmehr können sich schon in früher Kindheit Vorurteile bilden. Folglich kommt es auf eine Erziehung an, die der Bildung von Stereotypen und Vorurteilen entgegenwirkt.

11. Zusätzliche Angebote frühkindlicher Bildung für Kinder in schwierigen Familienverhältnissen sind erforderlich.

Wenn Kinder in ihren Familien vernachlässigt oder sogar misshandelt werden, ist in der Regel eine negative Entwicklung vorausgegangen. Die Not der Kinder entsteht aus den Problemen ihrer Eltern, die oftmals keine oder nur gelegentlich Arbeit, mangelhafte Bildung, geringes Einkommen und Suchtprobleme haben. Kinder aus sozial belasteten Familien benötigen schon früh Schutz und Förderung. In schwierigen Familienverhältnissen wird die kognitive Entwicklung von Kindern gehemmt. Es kommt bereits im Vorschulalter zu deutlichen Rückständen bei der Intelligenz, bei den sprachlichen Fähigkeiten und der Schulreife. Anhaltende Armut und soziale Benachteiligung wirken sich zudem negativ auf die sozial-emotionale Entwicklung aus und führen zu höheren Auffälligkeiten. An den schulischen Leistungen lassen sich die Effekte sozialer Benachteiligung besonders deutlich ablesen. In der Regel sind schlechtere Noten, ein unterdurchschnittliches Abschneiden bei Leistungstests, Klassenwiederholungen, das Nichterreichen eines Schulabschlusses und ein erhöhtes Risiko der Zuweisung an die Sonderschule zu beobachten. Als Reaktion auf die zunehmende

Erosion der Erziehungsfähigkeit von Familien ist deshalb ein zusätzliches Angebot erforderlich.

12. In Anlehnung an die derzeit in fünf niedersächsischen Städten in der Pilotphase befindliche Pro-Kind-Initiative sollen Mütter in schwierigen finanziellen und sozialen Verhältnissen besonders vor und direkt nach der Geburt betreut werden.

Bei den vorhandenen Instrumenten der Kinder- und Jugendhilfe gibt es nicht nur ein erhebliches Vollzugsdefizit. Zudem greifen sie erst nach der Geburt und kommen zum Einsatz, wenn die Probleme offensichtlich sind. Ein Großteil der Hilfen des Sozialgesetzbuches III erreicht erst Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter. Zwischen der Geburt und dem Besuch des Kindergartens oder einer Kindertagesstätte kommt es in der Regel nicht zu einem institutionalisierten Kontakt zum Kind. Für Kinder in schwierigen sozialen Verhältnissen wäre dieses frühzeitige präventive Angebot aber besonders wichtig.

Die traditionellen Maßnahmen von Jugendämtern, sozialpädagogischen Diensten und Krankenkassen erreichen viele Mütter in Problemsituationen nicht. Analog zu dem erfolgreichen Konzept des Nurse-Family-Partnership-Programmes, welches in den USA erfolgreich praktiziert und auch in den Niederlanden, Kanada und Australien erprobt wird, sollen schwangere erstgebärende Frauen in schwierigen finanziellen und sozialen Lagen von Hebammen und Sozialpädagogen unterstützt und betreut werden. Die Betreuung durch Hausbesuche beginnt während der Schwangerschaft und endet am zweiten Geburtstag des Kindes. Als erstes deutsches Pilotprojekt wurde das Projekt Pro Kind in Niedersachsen gestartet. Die Ausdehnung dieses Konzeptes auf ganz Deutschland wäre sinnvoll.

II. Offene Fragen

Mit präventiven Programmen im frühkindlichen Bereich wird in Deutschland Neuland betreten. Unabhängig von den positiven Erfahrungen anderer Länder, müssen die spezifischen Bedingungen in Deutschland angemessen berücksichtigt werden. Im Rahmen der Bildungsinitiative sollen demnach folgende offene Fragen beantwortet werden:

- Wie wird sichergestellt, dass die betroffenen Familien bzw. Mütter an präventiven Programmen im frühkindlichen Bereich teilnehmen? Wie werden sie überhaupt erreicht? Welche Instrumente können eingesetzt werden? Welche Anreize lassen sich setzen?
- Wie gelingt die Auswahl der Programmteilnehmer ohne Mitnahmeeffekte der nicht betroffenen Familien bzw. Mütter hervorzurufen?

- Sind Eingriffe in Persönlichkeitsrechte geboten und wenn ja, an welcher Stelle? Wie muss im Extremfall eine humanitäre Intervention erfolgen?
- Werden verfassungsmäßige Rechte von Eltern oder Kindern durchbrochen?
- Wie fügt sich die Bereitstellung solcher Angebote in das schon bestehende Transfer- und Steuersystem ein? Gäbe es einen Zusammenhang mit einer möglichen Totalreform des Steuer- und Sozialsystems im Sinne eines Bürgergelds?
- Welche Kosten verursachen solche Programme? Wie lassen sie sich finanzieren?
- Welche Nutzen bzw. spätere Einsparungen resultieren?
- Müssen staatliche Stellen diese Programme durchführen oder sind nicht-staatliche Organisationen besser dafür geeignet?
- Kann bürgerschaftliches oder ehrenamtliches Engagement eingebunden werden?